

Mainz, 30. Oktober 2019

Tischvorlage zur Pressekonferenz des VBE Rheinland-Pfalz

Thema: Bildung wächst mit der Zeit – Vorstellung der neuen Plakatkampagne des VBE Rheinland-Pfalz für Förder- und Schwerpunktschulen

Datum: Mittwoch, 30. Oktober 2019, 11.00 Uhr

Zum Anlass – wie viel Zeit bleibt wirklich?

Der Lehrkräftemangel ist groß – und wird weiter ansteigen. Laut Bertelsmann-Stiftung fehlen allein an Grundschulen bis zum Jahr 2025 neuesten Schätzungen zufolge 26.300 Lehrer*innen. Dass es an allen Ecken und Enden fehlt, wird schon heute deutlich. Zum Schuljahr 2019/20 konnten nicht alle Planstellen besetzt werden, es fehlt schlicht an Personal. So blieben an Grundschulen 31 (von 8.000) und an Förderschulen 39 (von 3.000) Stellen unbesetzt. Hinzu kommt, dass an beiden Schulen sehr viele Kolleg*innen eingesetzt sind, die in einem anderen Lehramt ausgebildet wurden. Derzeit herrscht ein Überschuss an Lehrer*innen mit dem Lehramt für Gymnasien bzw. Realschulen plus, die aufgrund des hohen Personal mangels an Grund- und Förderschulen eingesetzt werden, ohne entsprechend pädagogisch auf diese Arbeit vorbereitet worden zu sein. Die Unterrichtsversorgung scheint damit auf den ersten Blick abgedeckt – die Qualität des Unterrichts wird allerdings gemindert. Ein adäquates Fördern ist ohne die entsprechenden sonderpädagogischen Kenntnisse nicht möglich.

Doch diese Zahlen allein bilden nur die Spitze des Eisbergs ab: Neben den neu zu besetzenden Stellen wurden die Abordnungen von Förderschullehrkräften an Schwerpunktschulen beendet und sie wieder zurück an die Förderschulen geholt, da der Mangel dort immens ist. Diese Regelung wurde getroffen, um zumindest den Unterricht an Förderschulen zu ermöglichen. Doch an den Schwerpunktschulen fehlen nun ausgebildete Fachkräfte, die Regelschullehrer*innen bei der Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterstützen.

Zehn Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention könnten die sonderpädagogische Förderung sowie die Inklusion in Rheinland-Pfalz nicht schlechter dastehen: Seit 2000 gilt die Sonderschulordnung mit Bestandteilen aus den 1970er Jahren – bis heute ohne Überarbeitung bzw. Verabschiedung einer geeigneten, angepassten Fassung. Auch die Inklusionsordnung lässt weiter auf sich warten – das letzte und bis heute gültige „Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Inklusion im schulischen Bereich“ stammt aus dem Jahr 2013. Ein Armutszeugnis, wenn man bedenkt, dass es hier um die Schwächsten des Systems geht.

Auf der Website des Bildungsministeriums finden sich folgende Formulierungen:

„Schwerpunktschulen sind Grundschulen sowie weiterführende Schulen, die inklusiven Unterricht in der Nähe des Wohnortes anbieten. [...] Die sonderpädagogische Förderung erfolgt im Unterricht und berücksichtigt die Lernausgangslage und die Förderbedürfnisse des Kindes oder Jugendlichen. Sie unterstützt und begleitet Kinder und Jugendliche durch individuelle Hilfen und Förderangebote, damit sie eine ihren Möglichkeiten entsprechende schulische Bildung und Erziehung erreichen können.

Die Förderung basiert auf einer individuellen Förderplanung, die auf den Förderbedarf der einzelnen Schülerinnen und Schüler abgestimmt ist und findet in der Förderschule, in der Schwerpunktschule, oder durch integrierte Fördermaßnahmen oder präventive Maßnahmen statt.“¹

An den Schulen selbst können diese theoretischen und eigentlich selbstverständlichen Grundlagen der sonderpädagogischen Förderung inzwischen nicht mehr geleistet werden. Ursächlich ist nicht nur der Lehrkräftemangel, sondern auch der Mangel an Zeit, der schulartübergreifend jede*n Kolleg*in betrifft. Die Anforderungen seitens der Politik, der Eltern und der Gesellschaft steigen – nur das Zeitkontingent bleibt gleich.

Auch für Regelschullehrer*innen fehlt die Zeit, sich im Studium oder auch im Rahmen von Fort- und Weiterbildungen mit sonderpädagogischen Inhalten auseinanderzusetzen, die für pädagogische Prozesse unabdingbar sind: Es fehlt an Fachkompetenzen, diagnostischen und didaktischen Kompetenzen im Umgang mit den Schüler*innen. Eine Lücke, die eigentlich von Förderschullehrer*innen geschlossen werden sollte: gemeinsam verfasste Förderpläne, Team-Teaching, Beratung bei Diagnosen und Lernmitteln, sonderpädagogische Kompetenzen, der ständige Austausch von Erfahrungen und Wissen, Methoden und Instrumenten – das alles fehlt zunehmend an Schwerpunktschulen. Förderschulen gehen längst auf dem Zahnfleisch und brauchen händeringend ausgebildetes Personal.

Inklusion ist nach Ansicht des VBE Rheinland-Pfalz die Weiterentwicklung und eigentliche Perfektion der sonderpädagogischen Förderung. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Inklusion allerdings nicht möglich. Unmöglich scheint es also, eine Verpflichtung zu realisieren, der sich Deutschland am 26. März 2009 mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention verschrieben hat!

Die Förderschullehrer*innen investieren sehr viel Zeit für diagnostische Untersuchungen, Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs, Erstellen von Gutachten, Betreuung der Kinder und Eltern, Beratung von Regelschullehrer*innen und systemische Vernetzung. Diese Zeit investieren sie gerne – auch wenn diese Stunden weit über das hinausgeht, was im Rahmen des Deputats eigentlich zur Verfügung steht. Förderschullehrer*innen benötigen große fachliche und empathische Kompetenz, diagnostische, kommunikative und systemische Kenntnisse. Sie tragen eine große Verantwortung, da deren psychologisch-pädagogische Gutachten als Entscheidungshilfe für die weitere Schullaufbahn der Kinder dienen.

Daher fordert der VBE Rheinland-Pfalz mehr Zeit – denn Bildung wächst mit der Zeit.

Die heute vorgestellte Plakatkampagne startet mit genau diesem Slogan – und der damit verbundenen Forderung nach der Anpassung von Rahmenbedingungen, damit mehr Zeit für jede*n Einzelne*n bleibt.

Wie bei der VBE-Kampagne „Ein guter GRUND SCHULE zu stärken“ (2014-2019), werden die Plakate in mehrwöchigem Abstand an die Schulleitungen und Örtlichen Personalräte versandt.

¹ <https://inklusion.bildung-rp.de/service-und-kontakt/inklusions-abc.html>

Ziel der Kampagne ist es, eine breitere Öffentlichkeit für die Belange derjenigen zu sensibilisieren, die täglich für den Unterricht von über 400.000 Schüler*innen im Land verantwortlich sind. Im Fokus der Kampagne stehen insbesondere Förderschullehrer*innen und Pädagogische Fachkräfte, die an Förder- und Schwerpunktschulen beschäftigt sind, daher bildet die Kampagne auch schulartübergreifende Forderungen des VBE Rheinland-Pfalz ab.

Bis zu den Personalratswahlen im Mai 2021 werden im Rahmen der Kampagne zwischen 15 und 20 Plakate versendet, die mit jeweiligen Pressemitteilungen begleitet werden. So werden nicht nur Schulen, Eltern und Schüler*innen auf die Plakate aufmerksam, sondern auch Presse und Politik.

Der VBE Rheinland-Pfalz sieht erhöhten Handlungsbedarf an Förder- und Schwerpunktschulen, da dort Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und auch Schüler*innen ohne entsprechendes Gutachten unterrichtet werden, denen – nicht nur im Rahmen gesellschaftlicher Teilhabe – ein besonderes Augenmerk gilt. Seit Jahren werden Förderschulen, Förderschullehrer*innen und Pädagogische Fachkräfte von der Politik nur stiefmütterlich behandelt. Ein zukunftsfähiges Modell der sonderpädagogischen Förderung, eine Wertschätzung der geleisteten Arbeit und letztendlich eine Entlastung der Pädagog*innen ist dringend notwendig!

I. Bildung wächst mit der Zeit

Mehr Zeit bedeutet auch mehr Bildung. Lehrerinnen und Lehrer brauchen mehr Zeit für und im Unterricht. Wir fordern Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, Senkung der Klassenmessenzen, Verringerung des Regelstundenmaßes und Vereinfachung der Zeugnisse.

Um die Kinder und Jugendlichen vor dem Hintergrund ihrer vielfältigen Bedürfnisse, Interessen, Potenziale, sozialer Probleme und Lebensmodelle individuell zu fördern und in ihren Lernprozessen angemessen begleiten zu können, muss Schule ein Ort multiprofessioneller Teams werden. Denn immer weiterwachsende Herausforderungen an die Schulen lassen die Lehrkräfte zunehmend an ihre Grenzen stoßen, wenn sie alleine gelassen werden.

Der Bedarf an jeder Schule ist verschieden. Deshalb sollen die Schulen und Lehrer*innen entscheiden können, welche zusätzlichen multiprofessionellen Fachkräfte sie benötigen. Vielfältige Bedürfnisse der Schüler*innen brauchen vielfältige Zugänge und Kompetenzen – das gelingt nur mit einem vielfältigen Team.

Lernen ist ein individueller Prozess, der vom einzelnen Kind abhängt. Die Förderung des individuellen Lernens bedeutet, dass das Kind mit seinem Können, Talent, Schwächen, Defiziten, seinen Interessen und Vorlieben im Mittelpunkt steht. Allerdings kann auch der Einsatz moderner didaktischer und pädagogischer Methoden nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rahmenbedingungen dafür in Rheinland-Pfalz nicht stimmen. Zwar sieht das Schulgesetz individuelle Förderung vor, aber die Realität spricht eine andere Sprache: Selbst bei guter Konzentrationsfähigkeit der Klasse und hoher Führungskompetenz bleibt eine Lehrkraft mit meist



mehr als 20 Schüler*innen alleine und kann sich trotz gut geeigneter Lernanreize jeweils nur kurze Zeit der individuellen Lernbegleitung widmen.

Notwendig ist daher, mehr Zeit für das Lernen zu schaffen. Durch die Unterstützung multiprofessioneller Teams, durch kleinere Klassen, reduziertes bzw. angeglichenes Stundendeputate und eine Vereinfachung der Zeugnisse – nur so bleibt Lehrer*innen mehr Zeit für ihre Schüler*innen! Bildung wächst mit der Zeit – und davon muss genügend zur Verfügung stehen!

II. Weniger um mehr zu erreichen

Entlastung braucht Gerechtigkeit – und damit den Einsatz der politischen Tugenden Vernunft, Mut und Mäßigung. Wir fordern einen vernünftigen Personalschlüssel, eine mutige Stundenreduzierung und kleinere Klassen, damit Schülerinnen und Schüler mehr Zeit bekommen.

Weniger ist mehr – weniger leisten mehr. So scheint zumindest das aktuelle Credo zu lauten, denn weniger Lehrer*innen sollen immer mehr Aufgaben stemmen. Doch genau das Gegenteil ist vernünftig, mutig und angemessen: Weniger um mehr zu erreichen.

Der VBE Rheinland-Pfalz fordert einen vernünftigen Personalschlüssel an allen Schularten, sodass Team-Teaching in Doppelbesetzung keine Utopie bleibt. Die Versorgung mit Lehrer*innenwochenstunden darf nicht auf Kante genäht werden – es braucht eine reichliche Zugabe für eine verlässliche Unterrichtsversorgung mit hoher Qualität!

Das Deputat aller Lehrer*innen muss mutig reduziert werden, sodass jede*r Einzelne genügend Zeit für den Unterricht und die darüberhinausgehenden Aufgaben hat!

Weniger Schüler*innen pro Lehrer*in befeuert die individuelle Betreuung und Förderung – wie sie im Schulgesetz verankert ist. Von einer kleineren Klassenmesszahl profitieren Lernende wie Lehrende!



III. Wer A sagt, muss auch 13 machen.

Die pädagogische Arbeit aller Lehrerinnen und Lehrer – egal ob an Gymnasien oder Grundschulen – ist nicht gleichartig, aber immer gleichwertig. Deshalb fordern wir A 13 / EG 13 für alle Lehrerinnen und Lehrer.

Eine beständige Forderung des VBE Rheinland-Pfalz halten wir auch in der aktuellen Kampagne aufrecht: Egal, um welches Lehramt es sich handelt; egal, wie lange die Regelstudienzeit beträgt; egal, welche Schüler*innen letztlich unterrichtet werden: Die Arbeit an allen Schulen ist gleichwertig. Daher fordern wir eine gerechte und gleiche Einstiegsbezahlung bzw. -besoldung von A 13 / EG 13 für alle Lehrer*innen – egal ob Grundschule, Förderschule, Realschule plus oder Gymnasium!



The graphic consists of three horizontal sections. The top section is yellow with the VBE logo and text. The middle section is dark blue with the main slogan in white. The bottom section is yellow with a grid pattern and a smaller version of the slogan.

VBE 
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Rheinland-Pfalz

**Wer A sagt,
muss auch
13 machen.**

 Wir bringen Bildung in Bewegung
Gleichwertigkeit der Lehrämter. Die pädagogische Arbeit aller Lehrerinnen und Lehrer – egal ob an Gymnasien oder Grundschulen – ist nicht gleichartig, aber immer gleichwertig. Deshalb fordern wir A 13 / EG 13 für alle Lehrerinnen und Lehrer.

Schulpolitische Grundpositionen und Forderungen des VBE Rheinland-Pfalz

- Mehr Zeit für Lehrer*innen und Pädagogische Fachkräfte mit Hilfe
 - Eines vernünftigen Personalschlüssels
 - Einer mutigen Stundenreduzierung – Absenkung des Regelstundenmaßes auf 24 Unterrichtsstunden
 - Vier Anrechnungsstunden für alle Pädagogischen Fachkräfte
 - Der Unterstützung durch multiprofessionelle Teams
 - Von vereinfachten Zeugnissen
- Bessere finanzielle, personelle und materielle Ausstattung von Schwerpunktschulen
- Ein neues Gutachtenformat für die Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf
- Geringeres Unterrichtsdeputat für Schulleitungen und deren Stellvertreter
- Stärkung der Förder- und Beratungszentren (FBZ) durch wissenschaftliche Evaluierung und anschließenden Handlungsempfehlungen
- Fachlehrer*innenstatus für Pädagogische Fachkräfte

Mz/30.Oktober 2019